

Deutscher Reichstag.

43. Sitzung. J. Berlin, 1. März. (Berl.-Tel.)

Am Bundesratsliche Staatssekretär Delbrück. Der erste Vizepräsident Graf v. Schwerin-Loewitz (Dson.) durch Jurauf gewählt die

Wahl des Präsidenten.

Auf Vorschlag des Herrn v. Hertling (Ztr.) wird der bisherige Reichspräsident Graf v. Schwerin-Loewitz (Dson.) durch Jurauf gewählt.

Graf v. Schwerin-Loewitz: Ich bin Ihnen für die mir durch die soeben vollzogene Wahl und für das mir eluettlich im Hause entgegengebrachte Vertrauen aufrichtig dankbar. Ich weiß die hohe Würde und Ehre des mir von Ihnen übertragenen Amtes, des höchsten, welches das deutsche Volk seinen Vertretern zu vergeben hat, und welches vor mir von einer Reihe hochausgezeichneter Männer geführt worden ist, in vollem Maße zu würdigen.

Ich bin mir aber auch der großen und schweren Aufgaben, welche ich mit diesem Amte verbinden, in vollem Maße bewußt. Ich verpflchte für die Erfüllung dieser meiner Aufgaben meine ganze Seele einzusetzen. (Beifall.) Ich verpflchte namentlich, was ich eigentlich für jedermann einsehlich ansehe, gegen die allen Parteien dieses Hauses und allen Mitgliedern dieses Hauses unbedingteste strengste Unparteilichkeit zu wahren. (Beifall.) Ich bitte Sie andererseits, Sie alle ohne Ausnahme, mich in der Erfüllung meiner Aufgaben, in der Förderung unserer Geschäfte, in der Wahrung der Ordnung des Hauses und in der würdigen Führung unserer Verhandlungen nach Kräften zu unterstützen. Denn ich meine, wir haben alle ohne jeden Unterschied der Parteistellung das gemeinsame Interesse daran, unsere Verhandlungen würdig geführt und dadurch das Ansehen des Reichstages im Innern wie im Ausland gewahrt und gefördert zu sehen. (Beifall.) In dieser Voraussetzung nehme ich die auf mich fallende Wahl mit nochmaligem herzlichem Dank an. (Wiederholter Beifall.)

Bevor wir in die Tagesordnung weitergehen, glaube ich im Sinne des Hauses zu handeln, wenn ich unseren hochverehrten Vizepräsidenten, welche während der mehr als zwei Monate des Lebens des ersten Reichspräsidenten die Geschäfte des Hauses mit ebenbürtiger Umsicht wie Sachkenntnis geführt haben, den warmen Dank des Hauses anspreche. (Lebhafte Zustimmung.) Ihr Beifall zeigt mir, daß Sie mit mir einverstanden sind. Ich hoffe, daß die beiden Herren mit auch weiter mit ihrer Kenntnis, ihrem Rat und ihrer Unterstützung zur Seite stehen werden. (Wiederholter Beifall.) Darauf legt das Haus die Spezialberatung des Etats für das Reichsamt des Innern

fort. In diesem Etat sind im ganzen 55 Resolutionen beantragt. Die allgemeine Diskussion über den ersten Ausgabenartikel: Staatssekretär 50.000 M., wird wieder aufgenommen.

Abg. Ding (Rpt.), der zunächst das Wort erhält, ist im Saale nicht anwesend.

Abg. Boehme (Wld): Meine Freunde halten an der Schutzklauselpolitik fest, wie sie in dem Zolltarif vom 1902 niedergelegt ist. Man hat auf die handelspolitische Entwicklung Danemarks hingewiesen, das keine Schutzzölle hat. So ein kleines Wirtschaftsgebiet mit besonders günstigen klimatischen Verhältnissen darf mit Deutschland aber nicht verglichen werden. Daß bei uns die Güterpreise gestiegen sind, ist zuzugeden, das liegt an der Steigerung der inneren Konsumtion und an der infolge dessen gestiegenen Nachfrage. Der Futtermittelpreis ist schon deshalb nicht von der Hand zu weisen, weil er als Kompensationsobjekt für die Handelsverträge benutzt werden kann. Deutschland ist wohl imstande, seinen gesamten Vieh-, Fleisch- und Getreidebedarf zu decken. Unter dem Schutz der Zollpolitik ist die Landwirtschaft imstande gewesen, sich schon die Produktion erheblich zu vergrößern. Leber den Begriff der Erbanfallsteuer sind im Volke ganz zu verbreitete Anschauungen entstanden. Aber v. Wangenheim hat in Brieslau und in Gnesen gesagt, 500 Millionen Mark hätten allein durch Bier und Tabak aufgehoben werden können; aber die soziale Freiheit habe das verhindert. Wie kann das ein Mann behaupten, der an der Spitze der Mittelstands- und Bauernbewegung stehen will? Unter den indirekten Steuern leidet doch zunächst der Mittelstand, der Bauer, der kleine Handwerker, der sein Gehalt erhöhen muß. Wie denken gar nicht daran, die Erbanfallsteuer als solche als Steuerideal anzusehen; ich persönlich gebe der Reichsregierung zu wünschen, daß sie die Erbanfallsteuer in keiner Weise zu greife wie die Erbanfallsteuer, die Sie abgelehnt haben. Der Bund der Landwirte hat darüber, daß die Reichsregierung sich nicht in irgendeiner Weise der Finanzreform angeschlossen hätte. Wir müssen uns im Gegenteil dagegen wenden, daß sogar die Behörden des Staates es für ihre Pflicht halten, in einseitiger Parteistellung zu stehen gegen die Gegner der Finanzreform, und so gar den Reichstagsmitgliedern anzugreifen und bedrohen, wie es z. B. der Polenier Landwirtschafstagsminister in einer Broschüre getan hat.

Das ist Parteiregiment.

Die Regierung möchte die Beamten veranlassen, Neutralität zu wahren. Wir verlangen nichts weiter als gleiches Recht für alle.

Die Entstehung des Deutschen Bauernbundes ist herangezogen aus einer Bewegung im Osten, namentlich im Polenschen, die nicht gemacht ist, sondern aus der Not der bäuerlichen Bevölkerung heraus geboren wurde. Gerade von den lebenden Persönlichkeiten des Bundes der Landwirte sind die Antriebe geäußert worden, indem die Herren bei dem Reichstagsmitglied forderten, daß die Mitglieder beibehalten werden sollten, die die deutschen Bauern und Anwohner nicht wünschen können, weil es gegen das nationale Interesse ist, da auf diesen Reichstagsmitgliedern in der Hauptstadt polnische Arbeiter beschäftigt werden. Herr v. Wangenheim hat uns als jahnensklug bezeichnet. Davon ist keine Rede. Wir sind weder schamlos, noch haben wir uns gewandelt. Der Deutsche Bauernbund bekämpft auch keineswegs die konfessionelle Partei als solche. Wir werden durch unsere Agitation dafür sorgen, daß die Gegensätze zwischen Landwirtschaft und Industrie, wie sie jetzt

auf die Spitze getrieben erscheinen, sich wieder abschleifen, daß wieder ein Zusammenhaken aller erwerbenden Berufe erfolgt.

Abg. Fuhrmann (Rat.): Dr. Hahn hat neulich in seiner Rede wieder den Beweis dafür gegeben wollen, daß er alles weiß und alles kann. Nur die Gabe der Bescheidenheit läßt er vermissen. In der Erklärung, die er 1893 vor der Wahl abgab, heißt es, er werde, falls er in den deutschen Reichstag gewählt werden sollte, politisch und wirtschaftlich im nationalliberalen Sinne zu wirken gesonnen sein. Ich glaube, nicht irre zu gehen, wenn ich annehme, daß es schon damals mit seiner inneren nationalliberalen Überzeugung etwas schief ausgefallen ist. Der unwandelbare Diederich Hahn hat alsbald, nachdem er in die Reichstagsfraktion eingetreten war, seine Wandlungsbereitschaft gezeigt, indem er hier von der Tribüne eine Rede hielt, die dem wenige Stunden oder Tage vorher schlagendsten Parteistandpunkt direkt widersprach. Sein Wort ist bekannt, daß er nicht ruhen wolle, bis der letzte Nationalliberale aus Hannover verschwunden sei. (Wiederholter Beifall.) Unsere Kandidaten waren alle Gutsbesitzer, Hofbesitzer und Gutserwalter; wer aber waren die Kandidaten des Bundes der Landwirte? Der frühere Bankbeamte und jetzige Direktor des Bundes der Landwirte Dr. Diederich Hahn (Heiterkeit), der jetzige oberste Leiter der Bauernbewegung, der ultramontane Zeitungsredakteur, der antileibliche Oberlehrer Hentel, der Amtsrichter Dr. Wahrenhorst, Professor Dr. Joh. u. a. Auf welcher Seite der beiden Kandidatenlisten das größere Bestreben für die landwirtschaftlichen Interessen liegt, wird dem Hause klar sein. Noch vor den Landtagswahlen 1898 erließ der Bund der Landwirte ein Flugblatt, wie ich es gemeiner, verlegener und unehrlicher bei keiner Partei gesehen habe. Die Agitation des Bundes der Landwirte in der Erbschaftsteuer will ich nicht wieder aufrufen, aber welche gewisslose Agitation hat der Bund der Landwirte im Lande gegen die Erbschaftsteuer getrieben! Diese große Organisation braucht von Zeit zu Zeit ein neues Schlagwort, durch das sie die Massen bei der Hand hält. Erst war es der Antrag Rauh, dann der Bismarckismus, das Börsengeld, die Margarine, das Pöbelstisch und schließlich die Erbschaftsteuer. Herr Hahn hat in seiner großen Gemüthsheiligkeit im Jurauf auch das Wort wiederholt, daß Bismarck man gesprochen haben soll von dem „Kampfe auf die Tische des arbeitenden Volkes“. Auf den Jurauf hat, daß dies dementiert ist, sagte er, er hätte in den Zeitungen dieses Wort gelesen. Aber der Direktor einer solchen Organisation sollte sich aus dem Programm des Parteitages vorher überzeugen, ob ein solches Wort auch wirklich gefallen ist. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Er hielt sich auch für befugt, sich über den Ton aufzuregen, den die Sachverständigen der Landwirte eine gewisse moralische Verantwortung trägt für alles, was vom Bunde gesagt und geschrieben wird, will ich einige Proben von dem dort beliebten Tone geben. (Der Redner hat dies.)

Und wie hat Herr Dr. Hahn sich über unsern hochverehrten, unergötlichen Führer v. Bennigen ausgelassen? „Andererseits laien wir in der „Klein. Volkstz.“ Dr. Hahn geht zu den unbedeutendsten Persönlichkeiten des Reichstages. (Große Unruhe rechts; Heiterkeit links.) Sein Auftreten als Redner fand in umgekehrtem Verhältnis zum Inhalt seiner Rede. Dabei hat Dr. Hahn jede mögliche Gelegenheit gesucht, sich dem Zentrum an den Hals zu werfen. In Hannover geht er mit den Welfen zusammen, um die Nationalliberalen zu beleidigen. Dr. Hahn beschuldigt uns, wir wollten mit den Sozialdemokraten gehen, davon ist absolut nicht die Rede. Als in früherer Zeit in Flauen eine Nachwahl erforderlich wurde, erklärte die Bundesleitung, ein freihändlerischer Nationalliberaler sei geeigneter als die Wahl selbst eines Sozialdemokraten. Es würde dadurch direkt in die Freiheit des Wahlrechtes eingegriffen, was zu der Zeit, als ich noch Mitglied des Bundes der Landwirte war (Rufe: „Aha!“ rechts) — ich bin zehn Jahre Mitglied gewesen, dann aber mit einigen meiner Freunde hinausgeworfen worden, (stürmische Heiterkeit) — direkt grundräßig vom Bunde perhorresziert worden war! Sollte eine landwirtschaftsfeindliche Mehrheit in den Reichstag kommen, so wird der Bund der Landwirte als

Lotengraber der deutschen Landwirtschaft hingestellt werden. Dank der Besonnenheit meiner Freunde („Aha!“ rechts) haben wir den Sozialist erreicht, mit dem wir die Handelsverträge gemacht haben. Wir werden auf diesem Wege der Landwirtschaftsfreundlichkeit fortfahren. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Hen-Sachsen (Soz.) begründet die Resolution seiner Fraktion, die die verbündeten Regierungen ersucht, eine Verordnung zu erlassen, die für die Dauer der Arbeitslosigkeit auf 8 Stunden des Tages beschränkt und in den Glasbläsen die Nachtarbeit an den Glasbläsen des Glaswerkes verboten und in den Glasbläsen das Arbeiten an Sonn- und Festtagen, mit Ausnahme der erforderlichen Unterhaltung des Feuers in den Oefen, allgemein verboten und anordnet, daß an den Wochentagen bei den Arbeiten an Glas- und Stroöfen, bei denen der Schichtwechsel eingeführt ist, die erste Schicht nicht vor 4 Uhr morgens beginnen, die zweite nicht nach 10 Uhr abends enden darf. Solchen gerechten Forderungen gegenüber muß es merkwürdig berühren, wenn der Handelsstaatssekretär auch die Frauen und Kinder in diese gesundheitsgefährlichen Betriebe hineinreiben wolle. Leider fehlt es noch an einer zureichenden Statistik über die Gesundheitsverhältnisse der 1000 Glasbläsen mit 85.000 Arbeitern. Es ist nicht richtig, was v. Liebert behauptet hat, daß die Glasarbeiter selbst schuld sind, wenn ihre Gesundheit gefährdet wird; dazu sind die Glasarbeiter Leben und Gesundheit ein viel zu kostbares Gut, als daß sie das auf Spiel setzen, vielmehr ist es die Profithunt der Unternehmer, welche eine Verbesserung der Gesundheitsverhältnisse der Glasarbeiter verhindert. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Heim (Ztr.): Wer den heutigen Verhandlungen gefolgt ist, mußte auf den Staatssekretär des Innern, namens Dr. Hahn. Die Debatte hatte einen rein persönlichen Charakter, ich will den Herren auf diesem Gebiete nicht folgen. Es ist offenbar

geworden, daß der Bund der Landwirte neuerdings für die Nationalliberalen eine Gefahr zu werden droht. Der deutsche Bauernbund soll die Gefahr abwehren. Landbau, landbau werden Veranlassungen abgehalten, es erscheint eine eigene Korrespondenz, es erscheinen Flugblätter. Es gibt aber Leute, die behaupten, ein ganz anderer Bund habe das Geld hergegeben, noch dem wir wissen, daß er das Geld hat. Gewiß besteht ein sogenannter Frankfurter Bauernbund bei uns in Bayern. Er ist mit Mann und Fahne in das Dörlager des deutschen Bauernbundes eingeschoben, aber er ist eine Organisation, von deren politischer Bedeutung in Bayern niemand etwas weiß. (Sehr richtig! im Zentrum.) Es wurde an die Mitglieder ein Rundschreiben versandt mit der Aufforderung, innerhalb 5 Tagen die Erklärung abzugeben, ob sie die Schwärzung mitmachen wollten. Unter diesen haben sich in Bayern 18 Obmannschaften veranmeldet und erklärt, es handle sich um eine Ueberrumpelung. Daß es tatsächlich so war, wird dadurch bewiesen, daß unter den Namen der Mitglieder auch solche von toten Leuten. (Heiterkeit.) Ich halte mich für verpflichtet, das vorzubringen, weil Mitglieder des Frankfurter Bauernbundes mit mir Verbindung genommen und gelang haben, daß sie von der ganzen Sache gar nichts wissen. Abg. Böhm hat dem Bund der Landwirte vorgerechnet, daß er bei den Nachwahlen sehr leicht abgelehnt habe. Aber wie steht es mit den Nationalliberalen? (Sehr richtig! im Zentrum.) Wie ist es denn den Liberalen bei den badischen Landtagswahlen ergangen, wie in Sachsen? (Zuruf.) Bei uns in Bayern spielt das keine große Rolle, da weiß man nichts mehr von Nationalliberalen. (Heiterkeit, Zustimmung im Zentrum.) Wir wehren uns unsererseits, bisher haben wir die Nachwahlen gut überstanden. Es gibt Schwankungen. Ihnen geht es auch mal schlecht. (Heiterkeit.) Manches, was Dr. Böhm gesagt hat, findet bei mir keine Beachtung. So, wenn er meint, man müsse eine Verhöhnungspolitik treiben. In der Landarbeiterfrage stimme ich Dr. Böhm vollständig zu. Die landlichen Arbeiter müssen als unabhängige freie Bauern geboren werden. (Zustimmung.) Aber die den Bauernbund gegründeten haben, denken nicht an eine Stärkung des Bauernstandes, sondern es sind Leute, die da sagen, laßt mich, dann könnt ihr ernten. Deshalb kann ich die Entstehung des Bauernbundes nur bedauern. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Dr. Hahn (Dson.): Der Abg. Fuhrmann hat sich drei Tage lang genommen, um eine Rede gegen mich zu verlesen. (Vizepräsident Erpzing zu Hohenlohe bittet, solche Ausdrücke zu vermeiden.) Ich kann keine Rede nicht ernsthaft nehmen; er hat alles, was an politischem Klatsch in der Provinz Hannover verbreitet wird, hier zusammengetragen. Es ist mir niemals eingefallen, eine so ungeheuerliche Verurteilung über einen so verehrten Mann wie Bennigen zu tun. Daß die „Klein. Volkstz.“ über mich einen abfälligen Artikel gebracht hat, ist bedauerlich. Es geschah dies zu einer Zeit, wo man den Charakter des Bundes der Landwirte noch nicht erkannt hatte. Man sollte sich überhaupt mit Privatangelegenheiten nicht beschäftigen, Herr Fuhrmann! (Lebhafte Zustimmung.)

Der Bund der Landwirte polemisiert in der vornehmlichen Weise gegen seine politischen Gegner. (Lachen links.) Wir haben in Hannover niemals eine Politik treiben wollen, wie Sie heute die nationalliberale Partei treibt; den Zug nach links machen wir nicht mit. Wir sind seit Jahrhunderten an der Vaterland treue Liberalen gewesen. (Lachen links.) Heute finden meine Landeskollegen mehr die Ueberstimmung ihrer Meinung mit den Konfessionen als mit den Nationalliberalen. Der Bund der Landwirte ist beim Kampf für die deutsche Landwirtschaft von den Nationalliberalen im Stich gelassen worden. Der Bund, der politisch vielleicht berechtigt war, darf nicht auf der wirtschaftlichen Seite übertragen werden. Gegen dieses Betreiben sehen wir uns mit Recht zur Wehr. Mit der Rechte haben wir uns in dieser Beziehung immer tadellos verhalten. Unsere Solidarität gegenüber der Industrie sehr gut bekommen; sie kann nur vermindert werden auf Kosten der Landwirtschaft. Ich habe Hilfen nicht gesucht, sondern meine Freunde auf der linken. (Zustimmung rechts; Lärm links.) Er hat ihnen einen Wechsel in Verleumdungen gegeben, die er näher nicht erfüllen konnte. (Unruhe links.) Jedenfalls hat sich die Linke damals nicht als reif erwiesen. (Große Unruhe; Lachen links; Zustimmung rechts.) Daß ich jetzt durch fruchtlose Agitation im Lande wieder eingeschalt werden. (Lebhafte Bravo! rechts; Unruhe und Lärm links.) Die Nationalliberalen haben sich ihren Rückgang in Hannover selbst verschuldet. An übrigen: Wer schimpft hier unrecht! (Lebhafte Bravo! rechts; Unruhe und Lärm links.)

Abg. Gothein (Ztr. Bgg.): Der letzte Satz spricht von der Selbstkenntnis des Herrn Hahn. Im übrigen sind Streitigkeiten ergrünter Wiederer der Rechte nicht erbaulich. Der Streitredner leidet unter der Schwere absolut nicht, wie Dänemark beweist. Dort hat man es auch verstanden, durch billige Bodenpreise dem Arbeiter das Selbständigwerden zu ermöglichen. Die Presse des Bundes der Landwirte leistet an Verhöhnung des menschenwürdigen. (Beifall links.) Diese ganze Verhöhnung und Verleumdung des Bundes der Landwirte und das Streben seiner Führer, namentlich Dr. Hahn, soll nur dazu dienen, die politische Macht an sich zu reißen.

Dem Zentrum, dem Dr. Hahn sorgfältig Verhöhnungen macht, ist zu empfehlen, sich nicht zu sehr auf seinen neuen Freund zu verlassen. Hahn schlägt sich, Hahn vertritt sich! (Heiterkeit.) Auf den uns gegebenen Billow-Befehl hätte Dr. Hahn nichts gegeben, seine Partei verlangt von Reichstagsmitgliedern stets das Geld. Der Bundesrat und der Reichstag sind gleichberechtigte Faktoren, eine besondere Ehre kann ich in der gegenläufigen Mitarbeit nicht erblicken. Herr Dr. Hahn, künftig etwas mehr Selbstgefühl! (Heiterkeit, links.)

Prinz zu Schönau-Carolath (Rat.): Ich will zum Etat des Innern sprechen. (Sehr gut!) Es wird Zeit, daß der Staatssekretär sein Gehalt endlich herabsetzt. Meiner früheren Anregung auf Anstellung weiblicher Gewerbeinspektoren, respektive von Amtsinnen für diesen Posten, ist noch immer nicht in genügendem Maße entsprochen. Ich empfehle diese Frage dem Staatssekretär erneut zur Erwägung.

Staatssekretär Delbrück: Aus den letzten Worten glaube ich etwas herausgehört zu haben, was in Beziehung zum Etat hand. (Heiterkeit.) Die Anstellung von Gewerbeaufsichtsbeamten ist Sache der Einzel-

staaten. Es wäre nach der Anregung des Wortredners vielleicht zu erwägen, ob die Sache nicht reichsgesetzlich geregelt werden soll. Die Schwierigkeit liegt vielleicht darin, daß man sich kein richtiges Bild von der Vorbildung der weiblichen Gewerbeinspektoren machen konnte. Sind diese Vorbereitungen abgeschlossen, können die Bundesstaaten vielleicht vorangehen. Abg. Delto (Rat.): Wie steht es mit der Überänderung der Gewerbeordnung hinsichtlich der Landmessen? Wenn kommt die seit langem erwartete Vorlage?

Staatssekretär Delbrück: Die Frage ist zurzeit Gegenstand der Erörterung zwischen Preußen und den verbündeten Regierungen.

Abg. v. Strombeck (Ztr.): Der Resolution auf Einschränkung des Haugerhandels kann ich mich nicht anschließen. Im Einklang ist der Haugerhandel unentbehrlich.

Staatssekretär Delbrück: Diese Frage ist schwieriger zu regeln, als angenommen zu werden beliebt. Es muß Rücksicht genommen werden auf die Bedürfnisse der Bevölkerung. Diese Bedürfnisse sind in den verschiedenen Landesteilen durchaus verschieden. Auch ist die Beschränkung der Artikel für den Haugerhandel schwerlich durchführbar.

Abg. Kulereff (Polc): Die baldige Schaffung einer Arbeitslosenversicherung ist dringend zu fordern. Ausnahmsmaßnahmen gegen die polnische Bevölkerung, wie sie immer bestehen, sind zu vermeiden. Damit ist die Debatte geschlossen. Bravo auf allen Seiten. Der Titel „Gehalt des Staatssekretärs“ wird bewilligt. Die Weiterberatung wird auf morgen 12 Uhr vertagt. Schluß 7 Uhr.

Sächsischer Landtag.

Zweite Kammer.

11. öffentliche Sitzung. 1. Dresden, 1. März.

Präsident Dr. Vogel eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 6 Min. Das Haus ist mäßig besetzt, der Tribünenbesuch ist ziemlich stark.

Am Regierungstisch: Die Minister Graf v. Soltmann v. Eckardt, Dr. v. Riger und Dr. Bednobi Kommissaren.

Erster Aufweis verliest die Eingänge zur Registratur, worauf man in die Tagesordnung eintritt.

Punkt 1 und 2 betreffen Redenshaftigkeiten. Zu Punkt 1 beantragt der Reichstagsdeputation Abg. Singer-Nachschützen U. (Rat.), die Staatsüberstellungen bei Kap. 97, katholische Kirche und wohnliche Anhalten, nachträglich mit 2485,99 M. zu genehmigen. Zu Punkt 2 beantragt im Namen derselben Deputation Abg. Schwager-Jittau (Ztr.) bei Kap. 20, Direkte Steuern, die Staatsüberstellungen mit 99.486,68 M., sowie die außerordentlichen Ausgaben von 590 M. nachträglich zu genehmigen, ebenso bei Kap. 21, Zölle und Verbräuchsteuer, die Staatsüberstellungen von 45.216,75 M. und die außerordentlichen Ausgaben von 46.768,24 M.

Zu Punkt 1 bemängelt: Abg. Günther-Planen u. (Ztr.), daß für die katholische Kirche Nachbewilligungen beantragt werden, während man den Deutschkatholiken eine finanzielle Unterstützung verweigere. 1906/07 sei vom Landtage eine solche Unterstützung für die Deutschkatholiken bewilligt, aber von der Regierung nicht ausgeführt worden. Das sei nicht korrekt.

Abg. Freyherr-Dresden (Soz.) betont, die Sozialdemokratie wolle überhaupt keine Verwendung von staatlichen Geldern zu kirchlichen Zwecken, das sei konsequent, infolgedessen müsse sie auch gegen die Nachbewilligung stimmen.

Kultusminister Dr. Bednobi erinnert nochmals an das kürzlich bei der Etatsdebatte erwähnte Eingangs, worin gesagt sei, die Deutschkatholiken fragten nicht danach, was der einzelne glaube, sondern überließen es jedem einzelnen selbst, danach seien die Glaubenssätze der Deutschkatholiken nicht mehr als christlich zu bezeichnen.

Abg. Günther (Ztr.) widerspricht und führt aus, schon im Interesse der Parität sei eine gleichmäßige Behandlung der Deutschkatholiken auch in finanzieller Hinsicht geboten.

Nach einer kurzen Erwiderung des Kultusministers betont Abg. Dr. Roth (Ztr.) nochmals dem Standpunkt seiner Fraktion, wonach die Regierung verpflichtet sei, den Deutschkatholiken die Anerkennung als Religionsgemeinschaft zu ermöglichen, wenn ihre Glaubenssätze nach Ansicht der Regierung nicht mehr dem Standpunkte von 1848 entsprechen.

Nachdem Kultusminister Dr. Bednobi nochmals den Regierungstandpunkt verteidigt und Abg. Oph (Konf.) erklärt hat, die Rechte werde sich dem Standpunkte der Regierung anschließen, wird die Nachbewilligung zu Kap. 97 gegen die Stimmen der Sozialdemokraten ausgeprochen. Bei Kap. 98, sonstige Kultuszwecke, sind Anträge nicht gestellt, es erfolgt also auch keine Beschlußfassung.

Bei Punkt 2 wird die beantragte Nachbewilligung nach dem Berichte des Referenten debattiert und einstimmig zu Kap. 20 ausgeprochen, zu Kap. 21 gegen die sozialdemokratischen Stimmen.

In Punkt 3 stellt namens der Finanzdeputation A der Reichstagsdeputation Abg. Wabers-Dresden (Rat.) den Antrag, nach der Vorlage bei Kap. 27, auf den Staatskassen ruhende Jahresrenten, die Ausgaben mit 406.623 M. zu bewilligen, ebenso bei Kap. 28, Abzahlung der dem Domänenetat nicht angehörenden Lasten, die Ausgaben mit 20.000 M. zu bewilligen.

Debattellos und einstimmig erfolgt dies.

Patentanwaltschaft LEIPZIG, Brühl 2. Julius Blüthner, Kaiserl. und Königl. Hof-Pianofortefabrikant. Flügel und Pianinos.

Gustav Lehmann, Erste und bedeutendste Leipziger Spezialfabrik feiner Geschäftseinrichtungen. Ladenbau. Leipzig-Plagwitz, Ernst-Mey-Strasse 9-11. Telefon 5767. Erste Referenzen. Billigste Preise. Prompteste Bedienung. Laden-Um- u. Aushauten, sowie Schaufenster-Einlagen.